

Kurzinformationen

zusammengestellt von Martin-Peter Houscht

Übergangsregierung und kein Ende

Auch zu Beginn der 16. Tagungsperiode des Nationalparlaments in Dhaka zeichnet sich ein Ende der politischen Krise nicht ab, die das Land seit Monaten in ihrem Bann hält. Der Streit um die Rechtmäßigkeit einer von Oppositionskreisen geforderten neutralen Übergangsregierung zu Wahlzeiten schwelt weiter (siehe dazu auch 'Südasiens', 5/94 und 6/94). Die Oppositionsbänke in der 'Jatiya Sangsad', dem Parlament, sind nach wie vor verwaist, die politische Auseinandersetzung findet außerhalb des Parlamentsgebäudes in den Medien und auf der Straße statt.

Die regierende 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) unter Premierministerin Khaleda Zia verfolgt weiterhin die Strategie, Forderungen nach einer neutralen Übergangsregierung mit dem Hinweis auf die fehlende Verfassungsmäßigkeit eines solchen Schrittes abzulehnen. Auf Seiten der drei großen Oppositionsparteien, das sind 'Awami League', 'Jatiyo Party' sowie 'Jamaat-e-Islami', hat sich argumentativ ebensowenig verändert. Vieles ist in Bewegung, nichts bewegt sich! Diese widersprüchliche Aussage stellt auf den derzeit beobachtbaren Aktionismus der Parteien ab, der keine Resultate zeitigt. BNP Mitglieder berichten - allerdings ohne Nennung von Namen - über Geheimgespräche mit politischen Gegnern und einer möglichen Lösung, die darin bestehen könnte, daß die beiden auf dem Tisch liegenden Vorschläge 'Stärkung der Wahlkommission' versus 'Neutrale Übergangsregierung' an einen Parlamausschuß weitergeleitet werden, der dann zur gegebenen Zeit einen Kompromißvorschlag unterbreiten soll. Im Gegensatz zu dieser angeblichen Geheimdiplomatie stehen Verlautbarungen der Vorsitzenden der 'Awami League', Sheikh Hasina, die zur Umsetzung eines Ein-Punkt-Programmes aufruft. Dieser Punkt enthält nichts Versöhnliches, sondern fordert zum Sturz der BNP-Regierung auf. Hierbei kann sie nicht mehr auf die Hilfe der religiösen Partei 'Jamaat-e-Islami' rechnen. Diese will sich verstärkt den

religiösen Themen zuwenden und hat bereits klargemacht, daß es ihr nicht um den Sturz der vom Volk gewählten Regierung geht. Zur Erinnerung: Es war die 'Jamaat-e-Islami', die die Diskussion über eine neutrale Übergangsregierung in Gang brachte und sich dabei - lange Zeit zu Recht - eine Aufpolierung ihres Images versprach. Im Zusammenhang mit den schweren Auseinandersetzungen zwischen 'Jamaat-Leuten' und einem antifundamentalistischen Studentenverband bei einer Golam Azam Kundgebung in Chittagong Ende Juli, bei denen sechs Menschen ums Leben kamen, offenbarte sich jedoch die Schwäche dieser Partei. Es gibt sicherlich nicht wenige, die sich mit dem Gedankengut der 'Jamaat' vertraut machen wollen, jedoch nichts mit dem 'Erzkollaborateur' bzw. Vaterlandsverräter Golam Azam, dem Vorsitzenden der 'Jamaat-e-Islami', zu tun haben wollen. Stärker noch als islamische Überzeugungen, wiegt der nationale Stolz der Bengalen, der schließlich im blutigen Befreiungskrieg von 1971 gegen das ebenfalls islamische Pakistan seine Erfüllung in einem eigenen Nationalstaat fand.

Das Volk hat zur Zeit wenig Anlaß, auf seine politische Führung stolz zu sein. Dazu und zur Überwindung des toten Punktes in den Verhandlungen wäre eine auf Kompromisse angelegte Verhandlungsdynamik notwendig, die im Moment, trotz aller Wichtigtuerei, nicht auszumachen ist.

Extremisten im Rückzug?

'Taslina Nasreen außer Landes - die religiös extremistischen Kräfte ihres Hauptthemas beraubt', so läßt sich die derzeitige Situation pointiert formulieren. Am 10. August traf die feministische Schriftstellerin mit maßgeblicher Unterstützung einer von den USA und der Europäischen Union unter Druck gesetzten Khaleda Zia Regierung in Schweden ein, um hier einmal das Abklingen des Zorns extremistischer islamischer Gruppen abzuwarten. Diese hatten seit Anfang Juni, nachdem die 'Bangladesh Times' das umstrit-

tene Nasreen Interview mit der indischen Tageszeitung 'The Statesman' veröffentlicht hatte (siehe dazu auch 'Südasiens', 6/94), ein wahres Feuerwerk an Streiks, Kundgebungen und sonstigen Kampagnen gezündet. Mit 'Cholo, Cholo, Dhaka Cholo' Parolen ('Marsch, Marsch; Marsch auf Dhaka') und Ultimaten an die Regierung wollten die religiösen Extremisten ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Dazu gehören: Die Exekution Taslima Nasreens, Bestrafung aller Atheisten und Abtrünnigen, die anti-religiöse Aktivitäten unternehmen, Verfügung einer Blasphemieverordnung, die auch die offene Einmischung externer Kräfte (USA, EU) in die inneren Angelegenheiten Bangladeshs bekämpft, Unterbindung aller Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen, die den religiösen Glauben der Menschen sowie die Interessen des Landes untergraben etc. Das Feuerwerk ist nun - nachdem es mit wütenden Protesten gegen die Regierungsaktion nochmals aufhellte - jäh verloschen. Zwar war die Bestrafung beziehungsweise Hinrichtung Taslima Nasreens nur eine Forderung im Elf-Punkte-Programm des sich Ende Juni konstituierenden 'United Action Council', ein aus dreizehn kleinen radikal-religiösen Parteien bestehender Rat, doch scheint die mit Verve daherkommende Bewegung erst einmal gebremst.

Der größten religiösen Partei Bangladeshs, die 'Jamaat-e-Islami', ergeht es nicht besser. Sie erklärte abwechselnd die Klärung der Frage einer 'neutralen Übergangsregierung' und die 'Religionsdebatte' als ihr wichtigstes Anliegen. Dies führte zu einem Schlingerkurs, den ihr sowohl die 'Awami League', in der sie in der ersten Frage verbunden ist, als auch der Aktionsrat übel nahm, den die 'Jamaat-e-Islami' lediglich verbal begrüßte, ohne sich jedoch dessen Programms anschließen zu wollen. Die sich folgerichtig anschließende deutliche Klimaabkühlung innerhalb des religiösen Parteienlagers kann jedoch nicht als Erklärungsmuster für die gegenwärtige Ernüchterung herangezogen werden. Von größerer Erklärungskraft scheint das Verhalten der

bangladeshischen Bevölkerung zu sein. Trotz vollmundiger Vorankündigungen, war die Resonanz der Bevölkerung eher bescheiden, brachten die Extremisten weit weniger Leute auf die Straßen als erwartet. Selbst die Regierung bemerkte dies und erhielt noch zusätzlich eine 'kleine Anschubhilfe' von den Gebernationen, die sie dann in die richtige Richtung bewegen beziehungsweise Taslima Nasreen freies Geleit gewähren ließ. Die Gefahr ist jedoch noch nicht vorbei. Der momentanen Schwächung kann ein neuerlicher Aufschwung folgen. Auch wenn die großen Kundgebungen erst einmal ausbleiben, besteht die Forderung des Aktionsrates nach dem Sturz der Regierung fort. Religiöse Extremisten oder zumindest Orthodoxe gibt es auch innerhalb der Regierung beziehungsweise innerhalb der 'Bangladesh Nationalist Party'. Offensichtlich war es der Druck aus den eigenen Reihen, der dazu geführt hat, daß Premierministerin Khaleda Zia nicht an der Kairoer Bevölkerungskonferenz im September teilgenommen hat. Es ist bedenklich, wenn Geburtenkontrolle auch innerhalb von Re-

gierungskreisen als unislamisch bezeichnet wird, sie gleichzeitig jedoch gängige Praxis in Bangladesh ist und bereits Erfolge bewirkt hat. Immerhin nehmen bereits 40 Prozent der Paare Verhütungsmittel, das jährliche Bevölkerungswachstum liegt bei derzeit 2,3 Prozent: Tendenz fallend. Wer Geburtenkontrolle als unislamisch bezeichnet, bietet auch eine gute Projektionsfläche für fortdauernde Angriffe auf NRO (siehe dazu auch 'Südasiens', 6/94), die im Familienplanungs- und Gesundheitssektor aktiv sind.

Kinderarbeit in der Industrie

Teppiche aus Indien, Elektroartikel aus Mexiko, Kleider aus Bangladesh - unterschiedliche Produkte, die doch einiges gemeinsam haben. Zum einen sind an der Herstellung dieser Waren maßgeblich Kinder beteiligt, zum anderen sind die USA der wichtigste Abnehmer. Geht es nach US-Senator Tom Harkin, so wird bald eine weitere Gemeinsamkeit hinzukommen. Der von ihm bereits 1992 lancierte 'Child Labour Deterrence Act' sieht vor, den Import aller Produkte, an deren Her-

stellung Kinder beteiligt sind, zu unterbinden. "Die amerikanischen Konsumenten sollen nicht länger einen Markt für Produkte bieten, die durch den Schweiß von Kindern hergestellt wurden." Harkin weiß dabei zahlreiche Studien über Kinderarbeit hinter sich. In Bangladesh hat man bereits gehandelt. Eine Million Menschen arbeiten in der Bekleidungsindustrie. 800.000 Frauen und etwa 60.000 Kinder verdienen hier ihren Lebensunterhalt beziehungsweise unterstützen mit ihrer Arbeit das Familieneinkommen. Aufgrund der Drohungen aus den USA und aus Furcht, das sich auf immerhin 700 Millionen US-Dollar belaufende Exportvolumen zu verlieren, wurden in den vergangenen beiden Jahren 36.000 Kinder aus 1.800 Firmen abgezogen. "Wir mußten diese harte Entscheidung fällen, um die Bekleidungsindustrie am Leben zu erhalten", so Redwan Ahmed, Präsident der 'Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association' (BGMEA). Die BGMEA hat ihre Mitglieder aufgefordert, bis Ende Oktober diesen Jahres die noch verbliebenen 9.000 Kinder in den Fabriken zu entlassen.



Kinderarbeit im Straßenbau in Bangladesh (Foto: Walter Keller)

Kommen die Kinder vom Regen in die Traufe? Wartet nach der schlechtbezahlten, harten Arbeit nun ein perspektivloses Leben im Elend? In Bangladesh wird versucht, zumindest einem Teil der arbeitslos gewordenen Kindern dieses Schicksal zu ersparen. Die BGMEA hat in Dhaka die erste Grunderziehungs- und Berufsschule gegründet. Das Arbeitsministerium hat darüber hinaus elf über das Land verteilte Trainingszentren errichtet, mit der Intention, den Kindern eine Perspektive zu geben. Weitere diesbezügliche Maßnahmen sollen folgen.

Chittagong Hill Tracts - Viele Versprechungen, wenig Greifbares

Auch sieben Monate nach Beginn der Repatriierung von Flüchtlingen aus dem indischen Tripura in die Chittagong Hill Tracts (CHT) sind die Erwartungen der meisten Heimkehrer nicht erfüllt worden. Ungeachtet dieses Tatbestandes, hat am 21. Juli eine weitere Phase der Flüchtlingsrückführung begonnen. Die bengalischen Siedler verteidigen weiterhin mit Waffengewalt und unter Mithilfe militärischer, paramilitärischer und polizeilicher Kräfte die Ländereien, die gemäß des Februarabkommens (siehe dazu auch 'Südasiens', 3/94) an die Bevölkerung, mehrheitlich Chakmas, zurückgegeben werden sollten. Die Liegenschaften der Flüchtlinge werden nicht nur von bengalischen Siedlern besetzt. Auch das Militär und die Polizei nutzen sie. Ferner dienen sie als Friedhof, auf ihnen werden Moscheen, Religionsschulen, Geschäfte und Waldschulen errichtet. Anstatt nach Jahren wieder ihr Land zu bebauen, sind viele Rückkehrer bei Verwandten untergetaucht und haben auch nicht die von der Regierung versprochene Starthilfe in Form von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Annehmlichkeiten erhalten, die ebenfalls am 12.2 vereinbart wurde.

Als Reaktion auf diese Situation hat die politische Vertretung der Chakmas, die 'Jana Samhati Samiti' (JSS), ihre Verhandlungen mit der Regierung über die Rückkehr der noch in Indien ausharrenden 54.000 Flüchtlinge ausgesetzt. Die 'CHT Jumma Refugees Association' hat unter dem Eindruck einer fünf-tägigen 'fact-finding mission' ihre Forderung nach einer Begleitung der Wiederansiedlung von Flüchtlingen durch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) und dem Flüchtlingswerk der UNO (UNHCR)

bekräftigt. Die Delegation unter Führung von Upendra Lal Chakma stellte zahlreiche Menschenrechtsverletzungen auch nach dem Februarabkommen fest, die vor allem durch das Militär begangen wurden. Vergewaltigung, Folterung, religiöse Verfolgung oder willkürliche Hausdurchsuchungen kamen mit erschreckender Regelmäßigkeit vor. Statt Schutz erhielten viele Heimkehrer Schläge. Trotz der unbefriedigenden Situation ist der Waffenstillstand zwischen den Regierungstruppen und der 'Shanti Bahini' bis zum 30.9. verlängert worden.

Für Verwirrung sorgten zwei sogenannte 'benefit packages', die den Rückkehrern von der Regierung zur Verfügung gestellt werden sollten und sich in nicht weniger als zehn Punkten widersprechen. Neben dem bekannten 16-Punkte Programm vom 12. Februar wurde am gleichen Tag auch ein 12-Punkte Katalog von einem anderen Regierungsmitglied unterschrieben, dessen Existenz jedoch erst später bekannt wurde. Die Regierung, so scheint es, hat nicht nur Probleme, ihre Angebote an die Flüchtlinge zu koordinieren, sondern auch Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden. Während man sich mit Vertretern der 'Jumma Refugees Association' darüber streitet, ob jeder Heimkehrer seine Starthilfe bekommen hat, unterläßt man es, die für das Bleiben notwendige Rückgabe des Landes zu sichern.

AIDS in Bangladesh

In Bangladesh läuten die Alarmglocken. Weder ein sich nähernder Zyklon noch eine Überschwemmung oder die zur Zeit wieder heftig diskutierte Bevölkerungspolitik geben den Anlaß hierfür. Der Grund ist AIDS. Wer über AIDS in Asien spricht, denkt in erster Linie an Thailand und an Prostitution, auf deren Konto maßgeblich die epidemische Ausbreitung der Immunkrankheit geht. Daß AIDS und Prostitution auch in Bangladesh ein Thema sind, ist vielen dagegen nicht bekannt, was nicht zuletzt an der Tabuisierung des Themas liegt. In einem islamischen Land sind vor und außerehelicher und besonders kommerzialisierter Geschlechtsverkehr etwas, worüber man nicht spricht. Daß nun darüber gesprochen wird, liegt weniger an der Regierung als vielmehr an den Gesundheitsexperten, die sich Sorgen machen. Während die Regierung von 29 HIV-Infizierten spricht, prä-

sentieren Fachleute andere Zahlen: 25.000 bis 50.000 Menschen sollen bereits landesweit vom Virus befallen sein. Allein in einer Klinik in Dhaka sind 500 Fälle aufgetreten. Trotz eindringlicher Warnungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die allein für Indien die Zahl der AIDS-Infizierten auf 1,5 Millionen beziffert und Asien Zustände prognostiziert, die im Vergleich zu den heutigen Verhältnissen in Afrika wahrhaft apokalyptischer Natur sind, verhält sich die Regierung in Dhaka so, als ob Bangladesh nicht davon betroffen sei. Es verwundert daher nicht, daß die AIDS-Kommission im Land höchst ineffektiv ist: bislang wurde noch keine Aufklärungskampagne über AIDS und Möglichkeiten der Prävention gestartet, ein vom Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP) gewährter Zuschuß in Höhe von einer Million US-Dollar zur Finanzierung eines nationalen AIDS-Programms wurde noch nicht abgerufen.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie über sexuelle Verhaltensmuster sorgt womöglich für neuen Wind in der AIDS-Diskussion. Die Untersuchung weist daraufhin, daß 30 bis 50 Prozent der Jugendlichen in der Regel mit mehreren Partnern vor-ehehlichen Geschlechtsverkehr haben. Damit nicht genug: Die Wanderarbeiter und -arbeiterinnen haben häufig außerehelichen Geschlechtsverkehr.

Die Studie fordert daher auf, die Illusion von einer keuschen Gesellschaft aufzugeben. Dies scheint angesichts der geschätzten 100.000 kommerziell arbeitenden Prostituierten, die für etwa 15 bis 16 DM monatlich aktiv sind, auch dringend notwendig. "Wenn das HIV erst einmal das Sex-Netzwerk durchdrungen hat, gibt es kein Halten mehr für das Virus", so Gesundheitsexperte Afsan Chowdhury. Fachleute wie Chowdhury prophezeien für den Fall, daß eine weitangelegte Aufklärung der Bevölkerung ausbleibt und AIDS epidemische Ausmaße annimmt, ein verheerendes ökonomisches Szenario. Zur Zeit wendet Bangladesh für Gesundheitsdienstleistungen durchschnittlich umgerechnet 1,50 DM jährlich pro Person auf. Dem stünden Kosten in zigfacher Höhe für die Behandlung eines einzigen AIDS-Patienten gegenüber. Es kann daher nur eines geben: eine sofortige, großangelegte und auf die Gefahren von AIDS sowie AIDS-Präventionsmöglichkeiten abstellende Aufklärungsaktion.



Polizei und Studenten stehen sich bei einer Straßenschlacht gegenüber (Foto: Walter Keller)

Wieder Gewalt auf dem Uni-Campus in Dhaka

Nach zehn Monaten der Ruhe an der Universität in Dhaka kam es Anfang August wieder zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen gegnerischen Studentenvereinigungen, bei der erstmals nach Erringung der Unabhängigkeit auch ein Dozent verletzt wurde. Die jüngste Konfrontation zwischen der 'BNP' nahen 'Jatiyatabadi Chhatra Dal' (JCD) und der Studentenorganisation der oppositionellen 'Awami League' (AL), die 'Bangladesh Chhatra League' (BCL), hatte nach den vorliegenden Meldungen keine uni-internen Ursachen. Wie so oft spielte auch bei diesem Zwischenfall die große Politik mit hinein (siehe dazu auch 'Südasiens', 8/93). BNP und AL bezichtigten sich nach den Unruhen gegenseitig, für die Ausschreitungen verantwortlich zu sein. Bislang liegen zwei plausible, sich jedoch ausschließende und vorerst nicht zu beweisende Versionen in bezug auf den Hintergrund der Auseinandersetzung vor. Zum einen heißt es, die JCD hätte

den Waffengang begonnen, um von der aktuellen Diskussion über eine neutrale Übergangsregierung abzulenken (siehe auch Kurzinformation oben). Eine andere Lesart sieht die AL als Anstifter, die versucht, dem Ende Juli von der AL-Vorsitzenden Sheikh Hasina verkündeten Programm zum Sturz der Regierung Nachdruck zu verleihen. Aufgrund einer direkt eingeleiteten Friedensinitiative des Universitätslehrerverbandes wurde der Konflikt erst einmal geschlichtet.

Wieder Lehreraufstand

Nach der Beilegung des Streiks der Oberstufenlehrer steht der Regierung eine neuerliche Auseinandersetzung ins Haus. Dieses Mal mit den Grundstufenlehrern. Anlaß für die Streitigkeiten, die Anfang August zu einem Sitz- und Hungerstreik führten, ist ein Vier-Punkte-Programm der Lehrerschaft, den die Regierung ablehnt. Die Lehrer fordern u.a. eine Erhöhung der Monatsgehälter von 500 Taka (20 DM) auf 1.500 Taka sowie die Verstaatlichung der registrierten Nichtregie-

rungs-Grundschulen.

Geldverleiher

Private Geldverleiher haben immer noch großen Zulauf im ländlichen Bangladesh. Eine Untersuchung von ungefähr 15 Millionen Haushalten durch das 'Bangladesh Bureau of Statistics' hat jetzt ergeben, daß die ländliche Bevölkerung vorzieht, Geldverleiher im Dorf zu konsultieren. Nach der Untersuchung wenden sich nur 36 Prozent an eine kommerzielle Bank.

Vom 21. September bis zum 20. Oktober 1994 hält sich eine zwanzigköpfige Tanz- und Sängerinnen-Gruppe aus Bangladesh in Deutschland auf. Die Erlöse aus den Benefizkonzerten sollen den Armen in Bangladesh zugute kommen. Weitere Informationen u.a. über Auftrittsorte und -zeiten: NETZ. Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V., Grüner Weg 13, 35578 Wetzlar, T. 06441-26585.